



Starkes Signal nach Potsdam

7000 Beschäftigte der Landesregierung sind am 9. Februar in Düsseldorf auf die Straße gegangen, um ihrer Forderung nach deutlich höheren Einkommen Gehör zu verschaffen. Darunter waren alleine 2000 Polizistinnen und Polizisten sowie Tarifbeschäftigte und Verwaltungsbeamte der Polizei. Nach der Aktiven Mittagspause am 30. Januar haben die GdP-Mitglieder mit der Demonstration in Düsseldorf bereits zum zweiten Mal in Folge ein deutliches Signal an die Verhandlungsführer der Länder gesetzt, dass sie sich mit einer marginalen Einkommensverbesserung nicht zufriedengeben werden. Und dass die Lücke zu den Einkommen beim Bund und den Kommunen und zur Privatwirtschaft endlich geschlossen werden muss! Gleiche Arbeit muss gleich bezahlt werden!

Auch wenn bis zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe nicht feststand, was bei der dritten, voraussichtlich entscheidenden Verhandlungsrunde am 16. und 17. Februar herausgekommen ist, steht bereits jetzt fest: Die Polizistinnen und Polizisten in NRW und ihre Kolleginnen und Kollegen im Tarifbereich können kämpfen! Sie haben ein deutliches Signal gesetzt, das nicht nur bei der Landesregierung in NRW angekommen ist, sondern auch im fernen Potsdam, wo die Verhandlungen für den Tarifvertrag der Länder (TV-L) laufen.

Polizisten dürfen nicht streiken. Trotzdem war die Beteiligung an der Aktiven Mittagspause, zu der die GdP ihre Mitglieder Ende Januar an vierzehn Orten in ganz NRW vor die Tür ihrer Behörde gerufen hat, überwälti-

gend. Mehr als 1000 Mitglieder sind dem Aufruf der GdP gefolgt. Und überall haben die Medien darüber berichtet. Das kann keine andere Gewerkschaft!

Auch bei der Tariffdemonstration eine Woche später in Düsseldorf hat die GdP ein deutliches Zeichen gesetzt. Die Demonstration, die von der Oberkasseler Rheinwiese zum Landtag auf der anderen Rheinseite führte, war grün! Aufgefallen sind die GdP-Mitglieder aber auch durch ihre vielfältigen, fantasievollen Aktionen. Vom Poli-





zeilindwurm, mit dem GdP-Kollegen den Demonstrationsweg begleitet haben, über die mit großen Buchstaben über den Rhein getragene Forderung „Sicherheit hat ihren Preis“ bis zum Livestream auf dem neuen Facebook-Kanal der GdP.

Bereits bei der Auftaktkundgebung der Demo hatte GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert deutlich gemacht, dass wir wiederkommen werden, falls die Arbeitgeber in Potsdam keine deutliche Einkommensverbesserung auf den Tisch legen. GdP-Tarifvorstand Jutta Jakobs hatte zudem Ende Januar während der Aktiven Mittagspause vor dem LKA betont, dass es der Tarifrunde nicht nur um eine deutliche Einkommenshöhung geht, sondern auch um einen Mindestbetrag. Denn auch bei

reichen. Um das zu ändern, sieht die GdP auch die nordrhein-westfälische Landesregierung in der Pflicht. „Auch wenn Hannelore Kraft in Potsdam persönlich nicht mit am Tisch sitzt, ist sie als Ministerpräsidentin des größten Bundeslands unmittelbar mitverantwortlich für das, was die Länder ihren Beschäftigten anbieten. Deshalb muss Kraft mit dafür sorgen, dass die Länder ihren Beschäftigten auch ein Einkommen sichern, das gegenüber anderen Branchen konkurrenzfähig ist. Sonst wird es schwer, auch in Zukunft noch genügend gut qualifizierte junge Menschen für die Arbeit bei der Polizei zu gewinnen“, warnte Plickert.

Sobald das Tarifergebnis feststeht, will die GdP gemeinsam mit den anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes Gespräche mit der Landesregierung aufnehmen, wie die Übernahme des Tarifabschlusses im Detail erfolgen soll. Grundlage wird dabei die Zusage von Ministerpräsidentin Kraft sein, dass der Tarifabschluss in NRW 1:1 für die Beamtinnen und Beamten und die Versorgungsempfänger übernommen wird. Lediglich beim Zeit-

punkt des Inkrafttretens der Besoldungsanpassung sollen die Beamten nach den Plänen der Landesregierung drei Monate länger warten. Weil nur noch wenige Wochen bis zu den Landtagswahlen bleiben, muss das dazu erforderliche Gesetz zur Anpassung der Beamtenbesoldung zeitnah den Landtag passieren.

Mehr Infos zur Tarifrunde: www.gdp-nrw.de



Personalmangel endlich auf breiter Front angehen!

Hat die rot-grüne Landesregierung in den vergangenen Jahren die Polizeipräsenz in den Landratsbehörden geschwächt, um die knappen Personalressourcen auf die Großstädte mit eigenem Polizeipräsidium zu konzentrieren? Diese Frage stand am 7. Februar, knapp drei Monate vor der Landtagswahl, im Mittelpunkt einer Anhörung des Innenausschusses über einen Antrag der CDU-Fraktion zur Stärkung der Polizeipräsenz im ländlichen Raum. Die GdP sieht die Zahlen differenzierter, denn auch in den meisten Präsidien herrscht eklatanter Personalmangel. Lösen lässt sich dieser Personalmangel nicht dadurch, dass ständig das viel zu knappe Tisch Tuch hin und her geschoben wird, sondern nur dadurch, dass die Einstellungszahlen endlich an den tatsächlichen Bedarf angepasst werden. Und dadurch, dass die Polizeipräsenz in allen Behörden deutlich erhöht wird.

37 500 Polizistinnen und Polizisten sollen nach der aktuellen BKV für die 47 Kreispolizeibehörden in NRW zur Verfügung stehen. In Wirklichkeit sind es gerade einmal 36 585. Das hat eine Anfang Februar veröffentlichte Antwort des Innenministeriums auf eine Kleine Anfrage des Landtagsabgeordneten Dirk Schatz von der Piraten-Partei ans Licht gebracht. Berücksichtigt man zudem die zusätzlichen Herausforderungen der Polizei – von der terroristischen Bedrohung über die gestiegene Zahl der Wohnungseinbrüche bis zur Mehrbelastung durch den Zustrom der Flüchtlinge – ist das tatsächliche Fehl noch viel größer. Das weiß auch die rot-grüne Landesregierung. In ihrem im Februar vergangenen Jahres veröffentlichten 15-Punkte-Programm zur Stärkung der Inneren Sicherheit hatte Ministerpräsidentin Hannelore Kraft deshalb nicht nur die Heraufsetzung der Einstellungszahlen auf damals 1920 Kommissaranwärterinnen und -anwärter angekündigt, sondern auch die Schaffung von 500 zusätzlichen Stellen bei der Polizei. Der Großteil davon soll dadurch realisiert werden, dass kurzfristig 350 zusätzliche Tarifbeschäftigte bei der Polizei eingestellt werden. Sie sollen Aufgaben übernehmen, die bislang von Polizeivollzugsbeamten wahrgenommen werden.

Von den 350 zusätzlichen Stellen sind in einem ersten Schritt 250 an die acht Brennpunktbehörden in

NRW gegangen, in denen der Handlungsdruck am größten ist. Die übrigen 100 sind auf Initiative der GdP an die anderen Behörden gegangen. Für dieses Jahr kommen noch einmal 250 weitere Stellen hinzu.

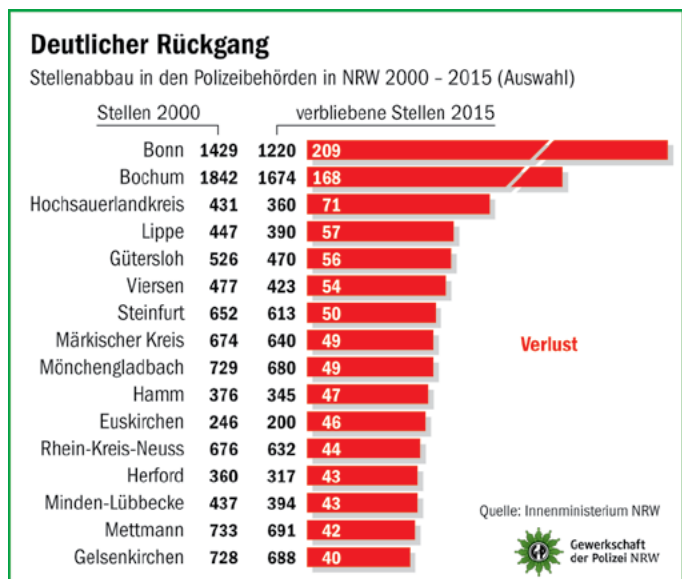
Das alles ermöglicht noch keine großen Sprünge, aber es ist immerhin ein erster Anfang. Vor allem: Keine Behörde ist bei der Umsetzung des 15-Punkte-Programms ganz leer ausgegangen. Dieser Weg muss auch in den kommenden Jahren konsequent weiterverfolgt werden.

Aus Sicht der GdP sind dazu zweierlei Maßnahmen vordringlich:

Erstens muss die Zahl der Neueinstellungen weiter an den stark steigenden Bedarf angepasst werden. Deshalb sind 2300 Neueinstellungen pro Jahr unumgänglich, wenn wir verwaiste Wachen und fehlende Polizeipräsenz nicht länger hinnehmen wollen. Zweitens müssen

die Nachwuchspolizistinnen und -polizisten gerecht auf alle Behörden verteilt werden.

In ihrer Stellungnahme zum Antrag der CDU-Fraktion zur Stärkung der Polizeipräsenz im ländlichen Raum hat die GdP deshalb vorgeschlagen, dass die Zuweisung von Sockelstellen zur Grundsicherung an die Landratsbehörden, die selber besondere Problemlagen haben, ausgebaut wird. Das ist schon deshalb erforderlich, weil auch in den Flächenbehörden in den vergangenen Jahren die Anforderungen an die Polizei enorm gestiegen sind. Und weil viele Landratsbehörden als Endverwendungsbehörden besonders stark unter den steigenden Pensionierungszahlen leiden. Lösen lassen sich diese Probleme jedoch nicht durch bloße Personalverschiebungen von einer Behörde zur anderen. Was jedoch verändert werden muss, ist die Systematik der BKV, dass die Behörden, die gute Arbeit leisten mit Personalabzug bestraft werden.



Von den 47 Kreispolizeibehörden in NRW haben zwischen 2000 und 2015 insgesamt 16 Behörden 40 Stellen oder mehr verloren. Fünf davon sind Polizeipräsidien, elf sind Landratsbehörden. Den absolut höchsten Stellenverlust musste Bonn verkraften, vor allem infolge des Umzugs der Bundesregierung nach Berlin. Danach folgen Bochum und der Hochsauerlandkreis.



2300 Neueinstellungen: Die Zeit ist reif!



Es hat lange gedauert. Aber spätestens seit dem Terroranschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt ist auch den Politikern im Düsseldorfer Landtag bewusst, dass die Innenpolitik zum zentralen Wahlkampfthema geworden ist. Mit Innerer Sicherheit kann man Wahlen gewinnen. Oder auch verlieren. Dass das so ist, verdanken wir den Menschen in NRW. Sie wollen sich nicht länger mit gegenseitigen Schuldzuweisungen abspesen lassen, welche Partei für die katastrophale personelle Unterbesetzung der Polizei verantwortlich ist! Sie wollen nicht länger, dass jeder auch noch so kleine Polizeieinsatz vor den Innenausschuss gezerrt wird. Immer in der Hoffnung: Irgendwas wird schon hängen bleiben! Sondern die Menschen wollen endlich wissen, wer sie schützt? Gegen Grabscher ebenso wie gegen Einbrecher. Gegen libanesischen Familienclans ebenso wie gegen deutsche Hooligans.

Wer mit den Menschen im Lande spricht, merkt schnell, dass das mit immer weniger Polizistinnen und Polizisten nicht funktionieren kann! Dass sich die Polizei nicht immer mehr aus der Fläche zurückziehen darf! Weder in der Großstadt, noch auf dem flachen Land. Wer mit ganz normalen Menschen redet, erkennt schnell, warum die Polizei wieder mehr Präsenz zeigen muss. Gerade in den Brennpunkten, wo es drauf ankommt. Aber auch sonst, damit Polizei für die Menschen wieder erfahrbar wird.

Deshalb ist die Heraufsetzung der Einstellungszahlen auf 2300 Kommissaranwärterinnen und -anwärter ein längst überfälliges Signal! Ein Signal, mit dem die Politiker den Menschen sagen würden: Wir haben verstanden!

Arnold Plickert,
Landesvorsitzender

GdP befürwortet Probelauf zum Taser-Einsatz

Schon seit Jahren greifen die Spezialeinsatzkommandos der Polizei in NRW auf Distanzelektroimpulsgeräte (DEIG) zurück, wenn bewaffnete Angreifer überwältigt werden sollen. Auf dem letzten Landesdelegiertentag der GdP im April 2014 ist deshalb über die Forderung diskutiert worden, dass die in der Öffentlichkeit als Taser bekannten Distanzelektroimpulsgeräte auch im Wach- und Wechseldienst eingesetzt werden sollen. Nach eingehender Beratung über das Für und Wider ist eine vom Landesbezirksvorstand eingesetzte Arbeitsgruppe jetzt zu dem Ergebnis gekommen, dass ein ergebnisoffener Probelauf zum Taser-Einsatz sinnvoll ist.

Ausschlaggebend für die Empfehlung der Arbeitsgruppe waren auch die Erfahrungen in anderen europäischen Ländern, insbesondere in Großbritannien (England und Wales), Österreich und der Schweiz. Dort hatte sich gezeigt, dass der Taser vor allem beim Brechen eines Widerstands von Einzeltätern Vorteile gegenüber anderen Einsatzmitteln bietet. So können gravierende Verletzungen beim Angreifer

und bei den eingesetzten Beamten vermieden werden. Durch den Taser-Einsatz lassen sich zudem schwierige Lagen, die sonst zu eskalieren drohen, schneller klären.

Die Arbeitsgruppe ist auch der Frage nachgegangen, wie sich der Taser-Einsatz bei Personen auswirkt, die unter Alkohol-, Drogen- oder Medikamenteneinfluss stehen oder psychisch erkrankt sind. Eine Auswertung der Erfahrungen aus anderen Ländern, in denen der Taser bereits eingesetzt wird, zeigt, dass die Verletzungsgefahr durch den Stromfluss selbst als gering anzusehen ist. Kommen weitere Faktoren wie Vorerkrankungen oder Verletzungen durch die Festnahme hinzu, kann das Risiko aber steigen. Dazu zählen auch Sekundärverletzungen durch einen Sturz der durch den Taser getroffenen Person. Die GdP fordert deshalb, dass der Taser-Einsatz gegen Kinder und Schwangere grundsätzlich ausgeschlossen ist. Bei Einsatz gegen alkohol-, drogen- oder medikamentenabhängige Personen soll zudem bereits im Vorfeld vorsorglich ein Rettungs-

wagen angefordert werden, um bei einem eventuell auftretenden medizinischen Notfall sofort reagieren zu können. Zudem muss auch für den Taser-Einsatz grundsätzlich das Gebot der Verhältnismäßigkeit gelten.

Anfang Februar hat die GdP darüber hinaus bei einer Sachverständigen-Anhörung im Düsseldorfer Innenausschuss vier Voraussetzungen für einen möglichen Probelauf benannt:

- Distanzelektroimpulsgeräte sollen nicht als Alternative, sondern als Ergänzung zur Schusswaffe zur Verfügung stehen.
- Distanzelektroimpulsgeräte sind auch weiterhin eine als Hilfsmittel der körperlichen Gewalt einzustufen. Sonst wären ihre Einsatzmöglichkeiten nur auf wenige Einzelsituationen beschränkt.
- Distanzelektroimpulsgeräte sollen als Fahrzeugausstattung zur Verfügung stehen. Eine Mannausstattung wird zum gegenwärtigen Zeitpunkt abgelehnt.
- Bereits vor Beginn des Probelaufs muss eine umfassende Aus- und Fortbildungskonzeption vorhanden sein.



Klares Votum zur Stärkung der Verkehrssicherheitsarbeit

„Die Länder müssen der Verkehrssicherheitsarbeit der Polizei künftig auch im Interesse der Inneren Sicherheit wieder mehr Bedeutung zumessen. Dies gilt in erster Linie für die Verkehrsüberwachung, umfasst aber auch die sichtbare Präsenz im Straßenverkehr und die Aufnahme aller Verkehrsunfälle durch die Polizei.“ Diese an Deutlichkeit kaum zu überbietende Forderung hat der Deutsche Verkehrsgerichtstag Ende Januar der Politik ins Stammbuch geschrieben.

Mit ihrer Forderung wenden sich die Teilnehmer des wichtigsten jährlichen Treffens der Verkehrsjuristen in Deutschland ausdrücklich gegen den in den letzten Jahren in Mode gekommenen Trend, die Verkehrssicherheitsarbeit der Polizei immer mehr zugunsten anderer Deliktbereiche zurückschrauben und wichtige Aufgaben wie die Ahndung von Geschwindigkeitsverstößen und die Aufnahme von Bagatellunfällen privaten Dienstleistern zu übertragen. Auch in NRW ist zumindest bei der Verkehrsüberwachung dieser Trend längst zu beobachten.

Die GdP sieht sich durch den Beschluss des Deutschen Verkehrsgerichtstags in ihrer Position bestätigt, der Verkehrssicherheitsarbeit der Polizei in Zukunft wieder den gleichen Stellenwert zu geben wie den ande-

ren Aufgaben der Polizei. „Angesichts neuer Bedrohungslagen wie der Cyberkriminalität und der gestiegenen Terrorgefahr hat die Politik die Verkehrssicherheitsarbeit der Polizei in den vergangenen Jahren vernachlässigt. Diese Fehlentwicklung müssen wir wieder korrigieren“, sagte der stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Michael Mertens in Goslar.

„Für NRW bedeuten die Empfehlungen des Verkehrsgerichtstags, dass die Verkehrsdirektionen der Polizei aufgewertet werden müssen“, betont Mertens. „Das ist auch deshalb notwendig, weil alleine in NRW jedes Jahr mehr als 500 Menschen bei Verkehrsunfällen sterben.“

Verantwortlich für die hohe Zahl der Verkehrstopfer ist vor allem die in den vergangenen Jahren stark gestiegene Handynutzung. Diesem Phänomen hatte der Verkehrsgerichtstag in diesem Jahr erneut eine eigene Arbeitsgruppe gewidmet, an dessen Beratungen auch der

GdP-Landesvorsitzende Arnold Plickert teilgenommen hat. Plickert erinnerte in Goslar noch einmal an die Forderung der GdP, das in der Straßenverkehrsordnung festgeschriebene Handyverbot auch auf andere elektronische Medien auszuweiten. „Wenn wir die Unfallursache Smartphone in den Griff bekommen wollen, müssen wir den Handyparagrafen an die Realität anpassen!“, forderte Plickert. „Und die Polizei braucht bessere rechtliche Rahmenbedingungen, um Mobilgeräte nach einem Unfall sicherzustellen und auswerten zu können.“

2018 will der Landesbezirk NRW erneut mit einer größeren Gruppe von Verkehrsexperten der Polizei am Verkehrsgerichtstag in Goslar teilnehmen.



Gemeinsam Stark!

Unter diesem Motto treten vom 6. bis 9. Juni junge Kolleginnen und Kollegen der GdP bei den Wahlen zur Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) in der Polizei an. Wahlberechtigt sind rund 5500 Kommissarsanwärterinnen und -anwärter der Ausbildungsjahrgänge 2014, 2015 und 2016 sowie alle, die ihre Berufsausbildung bei der Polizei NRW absolvieren. Sie entscheiden darüber, welche Bewerberinnen und Bewerber eines der landesweit knapp 120 Mandate bekommt, um die Interessen der Auszubildenden gegenüber dem Dienstherrn zu vertreten. Von der Gestaltung des As-

essmentcenters über den Studienverlauf bis zum Versetzungsverfahren. Bei allen Fragen rund um die Ausbildung des Nachwuchses der Polizei sitzt die JAV als betriebliche Interessenvertretung der Auszubildenden mit am Tisch.

Eine örtliche JAV gibt es in allen Ausbildungsbehörden (Aachen, Bonn, Köln, Bielefeld, Münster, Gelsenkirchen, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Hagen) sowie beim LZPD. Bei der JAV-Wahl Anfang Juni werden auch die Mitglieder der Polizei-Hauptjugend- und -Auszubildendenvertretung (PHJAV) neu gewählt. Sie vertritt gemeinsam mit

dem Polizei-Hauptpersonalrat die Interessen der Auszubildenden gegenüber dem Innenministerium. Auf dieser Ebene werden alle Fragen behandelt, die die Ausbildung insgesamt betreffen. Die PHJAV organisiert zudem traditionell die Tauschbörse zum jährlichen Versetzungstermin. Wer auf dem Dienstweg nicht in die Wunschbehörde kommt, kann auf diesem Weg versuchen, ob er oder sie doch noch mit anderen tauschen kann.

Über die JAV'en haben Beschäftigte der Polizei NRW schon während der Ausbildung die Möglichkeit, ihre Interessen selbst und unmittelbar in



den Personalvertretungen geltend zu machen. Für die GdP ist das ein unverzichtbarer Bestandteil der gelebten Demokratie in der Polizei. Deshalb hat die GdP lange und hartnäckig darauf bestanden, dass es auch in der Polizei eine JAV gibt.

Bei den letzten JAV-Wahlen 2015 konnte sich die GdP an allen Standorten mit ihren Wahlvorschlägen durchsetzen. Das Vertrauen in die GdP spricht für die gute Arbeit der jungen GdP-Mitglieder, die sich in der JAV Tag für Tag für ihre Kolleginnen und Kollegen einsetzen.

Auch 2017 tritt die GdP wieder mit einem starken Team an und wirbt erneut um das Vertrauen der jungen Beschäftigten in der Polizei.

Mehr Infos: jan.velleman@gdp-nrw.de



Gemeinsam stark.
Jugend- und Auszubildendenvertretung
bei der Polizei in Nordrhein-Westfalen

Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

- 1.3. Klara Schledorn, Hagen
- 9.3. Rosemarie Schenkel, Köln
- 11.3. Rudolf Tappeser, Münster
- 22.3. Agnes Opitz, Heinsberg
- 26.3. Anneliese Jablonski, Bottrop
- 28.3. Elfriede Heusing, Hünfeld

91. Geburtstag

- 12.3. Hermann Krüger, Gelsenkirchen
- 15.3. Gerhard Behrendt, Euskirchen
- 16.3. Franz Fester, Iserlohn
- Erich Latosi, Hattingen
- 20.3. Ursula Droese, Dorsten
- 21.3. Lorse Isermann, Wermelskirchen
- Marguerite Mingo, Gelsenkirchen
- 24.3. Friedrich König, Bielefeld
- Albert Schaub, Gelsenkirchen
- 26.3. Hubert Kieven, Jülich

92. Geburtstag

- 1.3. Martha Krusche, Köln
- 10.3. Kurt Werner, Köln
- 16.3. Otto Pieper, Höxter
- 21.3. Heinz Luge, Bedburg
- 23.3. Heinrich Frosting, Dortmund
- 24.3. Winfried Zester, Moers
- 29.3. Hans Skoberne, Telgte

93. Geburtstag

- 5.3. Hermine Schicks, Mönchengladbach
- 8.3. Elisabeth Brendgen, Mönchengladbach

- 10.3. Gerhard Cyranek, Troisdorf
- Maria Schebesta, Borken
- 16.3. Alfred Schiewer, Solingen
- 23.3. Ruth Radomski, Kamen
- 26.3. Hubertine Derichs, Geilenkirchen

94. Geburtstag

- 16.3. Gertrud de Vries, Schwetzingen
- 21.3. Joachim Kirmse, Neunkirchen a. Sand

95. Geburtstag

- 4.3. Wilhelm Groß, Düsseldorf
- 18.3. Helmut Jürgens, Bielefeld
- 30.3. Friedrich Stratemeyer, Oldenburg

96. Geburtstag

- 16.3. Gertrud Hantschel, Burgkunstadt
- 25.3. Max Frost, Swisttal
- 27.3. Franz Schmidt, Königswinter
- 29.3. Otto Faßbinder, Alsdorf

97. Geburtstag

- 2.3. Ursula Bothe, Lemgo
- 4.3. Marie-Luise Gehrke, Hagen
- 18.3. Trude Hakelberg, Köln
- Emilie Lotz, Wuppertal

100. Geburtstag

- 4.3. Juliane Murtfeldt, Wuppertal

101. Geburtstag

- 5.3. Paul Possart, Bonn

Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP NRW wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.



DEUTSCHE POLIZEI
 Ausgabe:
 Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle:

Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
 Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf
 Telefon (02 11) 2 91 01-0
 Internet: www.gdp-nrw.de
 E-Mail: info@gdp-nrw.de
 Adress- und Mitgliederverwaltung:
 Zuständig sind die jeweiligen
 Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:

Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
 Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)
 Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
 Telefon: (02 11) 2 91 01 32
 Telefax: (02 11) 2 91 01 46
 E-Mail: stephan.hegger@gdp-nrw.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
 POLIZEILITERATUR GMBH
 Anzeigenverwaltung
 Ein Unternehmen der
 Gewerkschaft der Polizei
 Forststraße 3a, 40721 Hilden
 Telefon (02 11) 71 04-1 83
 Telefax (02 11) 71 04-1 74
 Verantwortlich für den Anzeigenteil:
 Antje Kleuker
 Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 39
 vom 1. Januar 2017

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
 DruckMedien
 Marktweg 42-50, 47608 Geldern
 Telefon (0 28 31) 3 96-0
 Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

Redaktionsschluss der April-Ausgabe
 ist der 6. März.

GdP-Service GmbH NRW:

Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf
 Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45
 Telefax: (02 11) 2 91 01 15
 Internet: www.gdp-reiseservice.de
 E-Mail: penguin@gdp-reiseservice.de





Auf zwei Rädern durch Vietnam

15-tägige Aktivreise

12.11. bis 25./26.11.2017

Eingeschlossene Leistungen:

- Rail & Fly in der 2. Klasse
- Flug von Frankfurt nach Hanoi und zurück von Ho Chi Minh Stadt
- Inlandsflüge Hanoi nach Hue und Da Nang nach Ho Chi Minh Stadt
- 12 Übernachtungen in Hotels der Mittelklasse in Zimmern mit Bad oder Dusche/WC
 - 13x Frühstück, 6x Mittagessen und 5x Abendessen
- Rundreise im Kleinbus mit Klimaanlage, Trinkwasser und Fahrradanhänger
 - 11 geführte Fahrradetappen / Fahrradmiete
 - Besichtigungsprogramm laut Reiseverlauf
 - örtliche, deutschsprechende Reiseleitung

Reisepreis pro Person im Doppelzimmer
ab € 2.795,-

Gut zu wissen:

Die Reise wird mit maximal 18 Personen durchgeführt. Es besteht die Möglichkeit die Fahrradetappen zu unterbrechen und in das Begeleitfahrzeug umzusteigen.

Bitte fordern Sie unsere ausführliche Ausschreibung an.

GdP-Service GmbH
Gudastraße 9 40625 Düsseldorf
0211/29101 -44/-45/-63/-64
www.gdp-reiseservice.de





„Kopfüber, Weltunter“ lautet 2017 das Motto der gemeinsam von der Stadt Recklinghausen und dem DGB veranstalteten Ruhrfestspiele. Mit mehr als 300 Aufführungen an zahlreichen Spielstädten bietet das am 1. Mai startende, renommierte Theatertreffen mitten im Ruhrgebiet wieder ein pralles Programm. Mit Stücken von Goethe, E.T.A. Hoffmann und Strindberg, über Kafka, Brecht und Canetti bis zu Günter

Grass und Woody Allen. Künstler aus den USA, Südafrika, Syrien und der Ukraine bereichern ebenso den Spielplan wie Aufführungen führender deutscher Bühnen. Für GdP-Mitglieder gibt es ermäßigte Karten. www.ruhrfestspiel.de

Glücksnummern des Monats

45 4826
Helmut Kauling, Steinfurt
45 4658
Thomas Mikus, Paderborn
45 4740
Guido Wiehebrink, Minden-Lübbecke
45 4811
Beate Rüssing, BZ Erich-Klausener

Die Gewinner erhalten im März einen GdP-Rucksack „Cover“.

GdP aktiv

12.3., GdP-Schneetreff, Skihalle Bottrop, all-inclusive 26,00 Euro pro Person gegen Vorlage des GdP-Coupons. Coupons über die örtlichen Kreisgruppen, weitere Infos 0211/29 10 110

14.3., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Essen/Mülheim, 14:30 Uhr, Speisesaal der ehemaligen Polizeischule, Norbertstr. 165, 45133 Essen

15.3., Skatturnier der Kreisgruppe Düren, 17:00 Uhr, Arnoldusklause, Arnoldusstr. 50, 52353 Düren

15.3., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Solingen, 16:00 Uhr, Brauhaus Wasserturm, Schlagbaumer Str. 125, 42653 Solingen

18.3., Polizeifest der Kreisgruppe Heinsberg, 20:00 Uhr, Gasthaus Sodekamp-Dohmen, Breite Straße, Hückelhoven, mit beschwingtem und buntem Showprogramm. Eintrittskar-

ten sind bei den Vertrauensleuten erhältlich.

27.3., Skatturnier der Kreisgruppe Essen/Mülheim, 17:00 Uhr, Haus Kaldenhoff, Aktienstr. 140, Essen

28.3., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Aachen, 14:00 Uhr, Saalbau Kommer, Forster Linde 57, Aachen

29.3., Skatturnier der Kreisgruppe Coesfeld, 17:00 Uhr, Hotel „Am Münstertertor“, Münsterstraße 59, Coesfeld

30.3., Vortrag „Das Dienstrechtsmodernisierungsgesetz und die konkreten Folgen“ der Kreisgruppe LKA NRW, 10:30 Uhr, LKA, Raum Rheinland, Völklinger Str. 49, Düsseldorf

30.3., Skat- und Doppelkopfturnier der Kreisgruppe Heinsberg, 15:00 Uhr, Kreisverwaltung, Valkenburger Str. 45, Heinsberg

Senioren aktuell

Kreisgruppe Düren

1. März, 14:00 Uhr, Seniorentreffen, Restaurant Strepp, Am Stausee 2, 52372 Kreuzau-Obermaubach

Kreisgruppe Heinsberg

9. März, 15:00 Uhr, Seniorentreffen, Gaststätte Dohmen, Hülhovener Straße 92, 52525 Heinsberg-Eschweiler, Jahresrückblick, Jahresplanung, Pflegegestärkungsgesetz 2

Kreisgruppe Köln

16. März, 14:00 Uhr, Pfarrsaal St. Georg, Georgstr. 2-4/Ecke Waidmarkt, 50676 Köln, Elvira Hartmeier, Beratungsdienst Geld und Haushalt zu den Themen „Das Alter finanziell meistern“ und „Das neue Pflegegesetz“

NACHRUFE

Hans Dieter Faatz	03.04.1930	AP Düsseldorf	Erhard Naschinski	12.12.1949	Essen/Mülheim
Guido Götzen	02.04.1960	AP Düsseldorf	Lothar Pawelczak	01.09.1956	Essen/Mülheim
Peter Warnek	06.03.1951	AP Düsseldorf	Wilma Schmitz	17.11.1939	Euskirchen
Else Moeller	20.12.1920	Bochum	Hans-Jürgen Hölzel	11.12.1944	Gelsenkirchen
Hans-Peter Schneider	11.09.1934	Bochum	Brigitte Schröder	11.07.1935	Gütersloh
Günter Witthüser	16.01.1929	Bochum	Klaus-Peter Eckern	28.06.1941	Hagen
Ursula Blochwitz	23.10.1935	Bonn	Hermine Lennartz	08.07.1924	Heinsberg
Robert Streble	08.07.1958	Bonn	Maria Trebels	14.01.1924	Heinsberg
Bernhard Boeyer	23.11.1928	Borken	Benedikt Brengelmann	30.07.1990	Köln
Elisabeth Stegemann	08.08.1921	BZ Carl Severing	Eberhard Germeshausen	31.03.1928	Köln
Margret Lüttecken	04.07.1930	Dortmund	Günter Nack	06.09.1933	Lippe
Werner Heise	07.11.1932	Düren	Franz Kozak	01.11.1921	Mettmann
Ursula Schauer	27.03.1927	Duisburg	Erwin Holzapfel	12.02.1930	Selm
Heinrich Schönenberger	17.04.1925	Duisburg	Harald Lübbermann	06.10.1956	Steinfurt
Wolfgang Burwitz	15.06.1937	Erftkreis	Marlis Nikutta	14.06.1938	Steinfurt
Günter Herrmann	16.09.1924	Erftkreis	Hedwig Höppler	24.06.1922	Viersen
Lothar Kandt	08.12.1935	Erftkreis			

